

2021/1238/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Ratsangelegenheiten, Wahlen

Bericht erstattet: Heil, Tanja



Einwand gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Orsrates Einöd vom 24. Juni 2021 (TOP 6)

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Einöd (Entscheidung)	23.09.2021	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat entscheidet über den Einwand.

Sachverhalt

ORM Oberhausen hat mit Schreiben vom 20.07.2021 Einwand gegen die Niederschrift zu TOP 6 des Orsrates vom 24.06.2021 erhoben.

Der Sachverhalt ist in der Anlage dargestellt.

Anlage/n

- 1 Einwand Oberhausen zu Sitzung 24_06_2021 TOP 6 öffentlich ALLRIS (öffentlich)

Niederschrift TOP 6 / öffentlich	Einwand Herr Oberhausen Schreiben vom 20.07.2021	Stellungnahme Sitzungsdienst	Redebeiträge ausführlicher
<p>6 Antrag der CDU-Fraktion: Reaktivierung der Bahnstrecke - Diskussion zu Beeinträchtigungen der Bürger</p> <p>Der Vorsitzende stellt zu Beginn klar, dass in der letzten Sitzung über diesen Punkt in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung diskutiert worden sei, dass ein Vertreter der Verwaltung anwesend gewesen sei, der alle Fragen der Ortsratsmitglieder und auch der Bürger beantwortet habe. Auch sei das Einspruchsverfahren abgelaufen und man könne momentan nichts tun als abwarten, bis die nächsten Schritte eingeleitet werden.</p> <p>Er übergibt das Wort an ORM Kranz. Dieser verliest eine Zusammenfassung verschiedener Einwände der Bürger, die seines Erachtens wichtig seien. Er stellt auch fest, dass man nicht über alle Probleme und Beeinträchtigungen in der letzten Sitzung gesprochen habe.</p> <p>„Einwendungen gegenüber der Sache; „Reaktivierung der Strecke Homburg“ Punkt 1 – 11</p>	<p>„Es fehlt in der Niederschrift komplett ein Hinweis auf die Äußerungen vom Ortsvorsteher Dr. Schubert im öffentlichen Teil der Sitzung vor drei Pressevertretern und dutzenden Zuhörern.</p> <p>Bevor er dem Kollegen Kranz das Wort erteilt, hat er folgendes ausgeführt:</p> <p>„Du veranstaltest dieses ganze Theater hier nur, um dich bei den Anliegern der Bahnstrecke einzuschleimen.“</p> <p>Dies stand auch zumindest in drei Zeitungen, die am 26.06.2021 und am 28.06.2021 über die Ortsratssitzung berichteten.</p> <p>Auch die Teile der nichtöffentlichen Sitzung, die sich auf die Äußerungen Dr. Schuberts beziehen, sind zu ergänzen.“</p>	<p>Gem. § 74 Nr. 12 i.V. m. § 47 Abs. 1 KSVG ist über den wesentlichen Inhalt der Verhandlung eine Niederschrift zu fertigen. Dies stellt kein „Protokoll“ im Sinne wörtlicher Wiedergabe wie bspw. im Parlamentsrecht dar, sondern eine erweiterte Ergebnissniederschrift, die sich auf den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen, die bei vielen Tagesordnungspunkten in Beschlussfassungen münden, beschränkt.</p> <p>Bei der wesentlichen Wiedergabe des Inhaltes gilt es, auf eine sachliche Darstellung der geäußerten Redebeiträge zu achten, soweit überhaupt Relevanz für eine umfängliche Erfassung festgestellt wird.</p> <p>Diese Vorgaben wurden seitens des Sitzungsdienstes beachtet.</p>	<p>6 Antrag der CDU-Fraktion: Reaktivierung der Bahnstrecke - Diskussion zu Beeinträchtigungen der Bürger</p> <p>Der Vorsitzende stellt zu Beginn klar, dass in der letzten Sitzung über diesen Punkt in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung diskutiert worden sei, dass ein Vertreter der Verwaltung anwesend gewesen sei, der alle Fragen der Ortsratsmitglieder und auch der Bürger beantwortet habe. Auch sei das Einspruchsverfahren abgelaufen und man könne momentan nichts tun als abwarten, bis die nächsten Schritte eingeleitet werden.</p> <p>Der Vorsitzende übergibt das Wort an ORM Kranz. Dieser verliest eine Zusammenfassung verschiedener Einwände der Bürger, die seines Erachtens wichtig seien. Er stellt auch fest, dass man nicht über alle Probleme und Beeinträchtigungen in der letzten Sitzung gesprochen habe.</p> <p>„Einwendungen gegenüber der Sache; „Reaktivierung der Strecke Homburg“ Punkt 1 – 11</p> <p>ORM Oberhausen vertritt die Auffassung, dass er an der letzten Sitzung anwesend gewesen sei, aber darüber in der Sitzung nicht gesprochen worden sei.</p> <p>Der Vorsitzende erklärt, es ginge um ein Anhörungsverfahren. Dies sei ein rechtlich vorgesehener Weg, der bei jedem größeren Projekt gegangen werden müsse. Es handle sich um das Offenlegungsverfahren. Die Bahn habe geplant und zu einem gewissen Zeitpunkt der Planung müsse diese offen gelegt werden. Dies geschehe bei der Kommune. Danach können die Anwohner und alle anderen Betroffenen Einwände erheben und die Stadt am Ende eine Stellungnahme dazu abgeben - die Stadt muss, die Anwohner können eine Stellungnahme abgeben.</p> <p>Der Ortsrat war im nichtöffentlichen Teil damit befasst, wie man sich zur Stellungnahme der Stadt stelle. Dies habe man gemacht.</p> <p>Im nichtöffentlichen Teil habe man lediglich gesagt, die Stadt solle ihre Stellungnahme abgeben, das Projekt befürworten, aber gleichzeitig die vom Ortsrat geäußerten Punkte einfordern.</p>

<p>Der Vorsitzende stellt erneut fest, dass man heute nichts mehr beschließen könne, da die Einspruchsfrist beendet sei. ORM Oberhausen teilt mit, dass alle diese Einwände von den Bürgen auch zu Protokoll bei der Verwaltung gegeben worden seien. Er merkt an, dass die CDU-Fraktion immer für eine Reaktivierung der Bahnstrecke gewesen sei. Man müsse aber auch darauf achten, dass die Bürger so wenig wie möglich Einschränkungen dadurch hätten. Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass dies alles ausführlich besprochen worden sei in der letzten Sitzung. Der gesamte Ortsrat sei bemüht, dass die Einschränkungen der Bürger so gering wie möglich gehalten würden. Man müsse sich an das Verfahren halten. Jetzt könnten keine Einwände mehr eingebracht werden, die Frist sei abgelaufen.</p> <p>Der Ortsrat könne nicht entscheiden, wo der Bahnhof hinkäme und ob Züge mit oder ohne Oberleitung fahren würden. Dazu würde der Ortsrat nicht gehört, dies entscheide die Bahn ganz alleine. Der Ortsrat habe alle Pläne zur Offenlage rechtzeitig bekommen. Hierzu habe er auch Stellung genommen und vor Fristende alle nach seiner Meinung wichtigen Belange zu Protokoll gegeben. ORM Fremgen verliest im Anschluss nochmals das Schreiben an die Verwaltung, das nach der letzten Sitzung - vor Ende der Einspruchsfrist – verfasst und der Verwaltung zugesandt worden sei.</p>			<p>Im öffentlichen Teil habe er dies wegen der vielen Interessenten unter dem Punkt Unterrichtungen zur Sprache gebracht. Alle diese Dinge seien dort angesprochen worden. Herr Banowitz habe auch dezidiert auf alles geantwortet.</p> <p>Man müsse nunmehr keinen Zirkus machen um sich bei manchen Leuten einzuschleimen. Dazu sei die Sache zu ernst.</p> <p>Herr Oberhausen moniert diese Ausdrucksweise für das zur Sprachebringen von Punkten in einer Ortsratssitzung.</p> <p>Der Vorsitzende stellt erneut fest, dass man heute nichts mehr beschließen könne, da die Einspruchsfrist beendet sei. ORM Oberhausen teilt mit, dass alle diese Einwände von den Bürgen auch zu Protokoll bei der Verwaltung gegeben worden seien. Er merkt an, dass die CDU-Fraktion immer für eine Reaktivierung der Bahnstrecke gewesen sei. Man müsse aber auch darauf achten, dass die Bürger so wenig wie möglich Einschränkungen dadurch hätten. Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass dies alles ausführlich besprochen worden sei in der letzten Sitzung. Der gesamte Ortsrat sei bemüht, dass die Einschränkungen der Bürger so gering wie möglich gehalten würden. Man müsse sich an das Verfahren halten. Jetzt könnten keine Einwände mehr eingebracht werden, die Frist sei abgelaufen.</p> <p>Der Ortsrat könne nicht entscheiden, wo der Bahnhof hinkäme und ob Züge mit oder ohne Oberleitung fahren würden. Dazu würde der Ortsrat nicht gehört, dies entscheide die Bahn ganz alleine. Der Ortsrat habe alle Pläne zur Offenlage rechtzeitig bekommen. Hierzu habe er auch Stellung genommen und vor Fristende alle nach seiner Meinung wichtigen Belange zu Protokoll gegeben. ORM Fremgen verliest im Anschluss nochmals das Schreiben an die Verwaltung, das nach der letzten Sitzung - vor Ende der Einspruchsfrist – verfasst und der Verwaltung zugesandt worden sei.</p>
---	--	--	--